

DIE WELTWOCHEN

Kommentar

Linke Doppelmoral

Die Gewaltexzesse im Umfeld der Berner Reitschule offenbaren die Ambivalenz gegenüber der direkten Demokratie, die den sozialistischen Bewegungen seit je innewohnt.

Alex Baur

Die Krawalle um die Berner Reitschule vom Wochenende waren angekündigt und geplant. Die Laserpointer und Sprengkörper, mit denen die Linksautonomen die Polizei angriffen, liegen auch in Bern nicht einfach so auf den Strassen herum. Wie der *Bund* berichtete, hatten die Gewalttäter ihr Material (Feuerwerke, Gitter, Container) zuvor auf dem Areal der Reitschule gebunkert. Elf Personen wurden verletzt, zehn davon sind Polizisten. Anlass für die Gewaltorgie war eine illegal besetzte Liegenschaft, die am vergangenen Mittwoch auf Verlangen der Besitzer geräumt wurde.

Reitschule fünf Mal angenommen

Die Saubannerzüge im Umfeld Reithalle sind nichts Neues für Bern, ebenso das Lamento, mit dem sich Stadtregierung und Reitschüler aus der Verantwortung winden.

Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) «neigt» zur Ansicht, die Krawalle hätten nichts mit der Reitschule zu tun (seine Stellungnahme siehe Seite 32). Polizeivorsteher Reto Nause (CVP) räumt zwar ein, dass die Linksautonomen ihre Kampfutensilien «auf dem Perimeter der Reitschule zwischengelagert» hätten, womit er aber nicht sagen wolle, dass die Verantwortlichen des subventionierten Alternativtreffs «zwingend davon Bescheid wussten». Letztere verurteilen wie üblich die «Gewalt gegen Menschen aller Konfliktparteien» mit einem dürren Satz, unterstützen aber zugleich mit Leidenschaft die Forderungen der Krawallanten und fordern den «Dialog».

«Wieso soll man mit solch gewaltbereiten Leuten reden?», fragte FDP-Politikerin Claudine Esseiva. Doch die linke Mehrheit setzt auf Appeasement: Man soll einander entgegenkommen, wie in Zürich, wo für Hausbesetzer andere Gesetze gelten als für Normalbürger und gepeinigte Anwohner zum Wohnungswechsel eingeladen werden. Man dürfe die «Liberalität nicht aufgeben, nur weil es hie und da zu Scharmützeln kommt», mahnte der Historiker Joachim Eibach. Immerhin habe er am Sonntag «keine Sachbeschädigungen» gesehen, wiegelte von Graffenried ab (die brennenden Autos und Barrikaden hatten sich offenbar bereits in Rauch aufgelöst).

Nause machte derweil angeblich aus der halben Schweiz angereiste Krawalltouristen für die Exzesse verantwortlich. Tatsache ist: Alle achtzehn Gewalttäter, die seine Polizisten verhafteten (und nach ein paar Stunden natürlich wieder laufen liessen), wohnen ausnahmslos in der Stadt oder im Kanton Bern. Fairerweise muss man erwähnen, dass das städtische Stimmvolk das Projekt Reitschule fünf Mal an der Urne akzeptiert hat. Wenn es den Bernern so gefällt, na bitte. Doch als Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, ZH) den provokativen Vorschlag machte, man solle die angeblich friedliebenden Linksaktivisten in Bern doch einfach mal gewähren lassen, reagierte Besänftiger Nause messerscharf: «Ich frage mich, welches Problem Frau Rickli hat!» Die Zürcherin wolle die «gewalttätige Eskalation anheizen», giffelte Ex-Gemeinderätin Regula Rytz (Grüne).

Das Lavieren der Linken um Gewalt und Terror aus den eigenen Reihen kommt nicht von ungefähr. Strassenproteste, Barrikaden, Agitprop, Enteignung und Revolution zählen zum Kernprogramm der sozialistischen Bewegung. Der Umsturz gehört zur DNA der Linken, die sich nie wirklich von ihren Wurzeln losgesagt haben. Ein aktuelles Beispiel liefert die wehmütige Serie («Wo ist die Revolution geblieben?») in der *Woz* zum Andenken an den Tyrannen Lenin, der vor hundert Jahren eine der brutalsten Diktaturen der jüngeren Geschichte installierte. Von Vergangenheitsbewältigung keine Spur.

Wie schlecht sich die linken Ur-Anliegen mit einer direkten Demokratie vertragen, in der jede Stimme gleich viel zählt und sich die Minderheit dem Entscheid der Mehrheit fügt, hat sich vor der Reitschule einmal mehr gezeigt.